

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danziger Mark

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 1,00 Gulden, in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden monatlich. Anzeigen: die 1. Seite 0,30 Gulden, die 2. Seite 0,20 Gulden, die 3. Seite 0,15 Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Goldmark. Womments- und Inseratenaufträge in Polen nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6.
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720, für Anzeigen-Annahme, Zeitungsbestellung und Druckfachen 3290.

Nr. 106

Mittwoch, den 7. Mai 1924

15. Jahrg.

Entscheidende Volkstagsberatungen.

Danzig, den 7. Mai 1924. E. L.

Die politische Atmosphäre im Freistaat Danzig ist mit Konflikstoff geschwängert. Noch niemals wurde einer Tagung des Volkstages mit soviel Erwartung entgegengesehen, wie heute, wo das Danziger Parlament nach mehrwöchiger Pause seine Beratungen wieder aufnimmt. Die letzte Tagung des Volkstages vor den Osterferien endete mit einer schrillen Dissonanz. Das vom Senat nach langem Sträuben dem Volkstag vorgelegte Wohnungsbaugesetz fand keine Mehrheit. In Wirklichkeit bedeutete das ein Misstrauensvotum des Parlaments gegen den Senat, zum mindesten gegen den deutschnationalen Bauernator Dr. Leske. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit, wie unhaltbar die Regierungsverhältnisse im Freistaat Danzig sind. Die jetzige Minderheitsregierung ist auf die Unterstützung anderer Parteien angewiesen, wenn sie ihre Gesetze durchbringen will. Daran ergibt sich ein fortwährendes Verhandeln und Kompromittieren hinter den Kulissen und die ganze Regierung wird zu einer Fortwursterei, bei der es dem Senat nicht darauf ankommt, wichtige Gesetzentwürfe durchzubringen, sondern sich möglichst lange im Amt zu halten. Den Schaden aber trägt die Danziger Bevölkerung, indem solche wichtigen Gesetze wie das über den künftigen Wohnungsbau um Wochen und Monate verzögert werden.

Angesichts der Tatsache, daß der jetzige Senat nur eine Minderheitsregierung ist, muß man sich immer wieder wundern, woher diese Regierung den Mut hernimmt, sich über Beschlüsse der Volkvertretung glatt hinwegzusetzen, wie es bei der Ablehnung des vom Volkstag beschlossenen Amnestiegesetzes geschehen ist. Der deutschnationale Senat sieht seine Stellung gegenüber der Volkvertretung heute genau so an wie seinerzeit die kaiserliche deutsche Regierung unter Bethmann-Hollweg. Bei dem Zabern-Skandal im Jahre 1912 erklärte sich die Mehrheit des Reichstages bekanntlich gegen Bethmann-Hollweg, der die brutale Diktatur des deutschen Militarismus in Elsaß-Lothringen verteidigte. Bethmann-Hollweg aber dachte nicht daran, aus diesem Misstrauensvotum die Konsequenzen zu ziehen. Er und seine Regierung hielten sich nicht als Beauftragte des deutschen Volkes, sondern als die Handlanger Wilhelm II. Wenn aber irgendetwas mit dazu beigetragen hat, Deutschland in der Welt unbeliebt zu machen, so war es eben diese vom Volkswillen unabhängige Regierung, die in Deutschland geübt wurde. So sehr unsere Deutschnationalen auch sonst über Bethmann-Hollweg schimpfen, in dieser Stellungnahme gegenüber der Volkvertretung erscheint er ihnen als ihr Ideal. Der Senat ist nach ihrer Meinung nicht ausführende Organ des Parlaments, sondern eine selbstherrliche Körperlichkeit, die neben der parlamentarischen Unabhängigkeit der früheren Kaiserregierung in Deutschland auch noch die Vorrechte der Monarchie für sich beansprucht. Nur so ist es zu verstehen, daß der Senat es überhaupt wagen konnte, das Amnestiegesetz abzulehnen und dafür aus eigener Machtvollkommenheit einige Begnadigungen zu erlassen. Diese Sabotage des Parlamentarismus und diese Machtaneignung des Senats dürften bei den kommenden Volkstagsberatungen eine große Rolle spielen. Die Sozialdemokratie wird hier aufs Schärfste gegen den Senat Stellung nehmen und es wird von den bürgerlichen Mittelparteien abhängen, ob sie sich diese Herabsetzung der Machtbefugnisse des Volkstages durch den Senat werden gefallen lassen.

Die wichtigste Frage wird bereits in der heutigen Volkstagsitzung behandelt werden. Zu den von dem früheren Senator Jewelowski erhobenen schweren Vorwürfen gegen die Geschäftsführung und die Politik einzelner Senatoren will der Senat heute durch eine vom Senatpräsidenten vorgebrachte Regierungserklärung Stellung nehmen. Die Parteien selbst werden sich erst morgen zu der Angelegenheit äußern. Als eine beschämende Tatsache aber müssen wir heute erneut feststellen, daß die bürgerliche Presse, abgesehen von dem deutschnationalen Organ sich zu dieser Angelegenheit, insbesondere auch zu den Jewelowskischen Anklagen, völlig ausgedrückt hat, insbesondere auch die beiden Organe der Partei Jewelowskis, die „D. N.“ und auch die sonst mehr links gerichtete „Danziger Zeitung“. Ein erneuter Beweis dafür, wie wenig selbst das liberale Bürgertum sich mit dem demokratisch-parlamentarischen Geist, der schließlich auch in der Danziger Verfassung vorhanden ist, vertraut gemacht hat. Diese Unfähigkeit und Untätigkeit des Bürgertums hilft aber die Katastrophe mit beschleunigen, der der Danziger Freistaat zutreibt.

Es scheint, daß es einzig und allein wieder einmal der Sozialdemokratie vorbehalten bleibt, der Danziger Bevölkerung, vielleicht in letzter Stunde, Mahner und Beweiser zu sein. Sie hat in den ganzen vergangenen Jahren auf die Fehler der Senatspolitik hingewiesen und doch ließen sich weite Volkskreise im vorigen November noch von den nationalen Phrasen unserer Deutschnationalen betören, während jetzt feststeht, daß gerade diese Patentpatrioten wichtige Sobetzrechte Danzigs preisgegeben haben. Wenn allerdings die

„Danziger Rundschau“ die Dinge kürzlich so darstellte, als ob die es einzig und allein von der Sozialdemokratie abhängt, ob wir weiterhin diese deutschnationale Minderheitsregierung hätten, so ist das doch eine arge Verdrehung der Tatsachen, wie es ebenso wenig der Wahrheit entspricht, daß der Sozialdemokratie die von Jewelowski vorgebrachten Tatsachen schon seit langem bekannt gewesen seien. Die „Danziger Rundschau“ findet es an der Zeit, auch einmal an eine andere Regierungskombination zu denken, hält dafür aber eine Neueinstellung der Sozialdemokratie für notwendig. Hier handelt selbst das demokratische Bürgertum wieder einmal nach dem Satz: Sannemann geh du voran. Dazu ist bei den jetzigen Mehrheitsverhältnissen im Volkstag und der bisherigen Haltung der bürgerlichen Mittelparteien die Sozialdemokratie nicht in der Lage. Notwendig ist erst einmal eine Lösung der bürgerlichen Mitte aus dem Schlepptau der Deutschnationalen, weil nur so eine Wendung zum Besseren in der Außen- und Innenpolitik Danzigs möglich ist. Sollte sich die bürgerliche Mitte zu einer solchen Rettungstat für unsern Freistaat aufschwingen können, die Sozialdemokratie wird ihr nicht hindernd im Weg stehen.

Regierungskrise in Mecklenburg.

Die Deutschnationalen unter deutschvölkischer Fuchtel.

In der gestrigen Plenarsitzung des Landtages Mecklenburg-Schwerin wurde der Ministerpräsident Freiherr von Brandenstein von der deutschvölkischen Freisheitspartei gestürzt, weil seine Stellungnahme zu dem Sachverständigenrat nicht der Ansicht der deutschvölkischen entsprach. Die Sozialdemokraten schlossen sich dem Misstrauensantrag an, der mit 36 gegen 27 Stimmen angenommen wurde.

Die gestürzte Regierung bestand aus Deutschnationalen und Volksparteilern und war im März d. J. gebildet worden. Die deutschvölkischen waren über den deutschnationalen Ministerpräsidenten deshalb ungehalten, weil dieser sich für

Ergebnisse und Lehren der Reichstagswahl.

Mißerfolge der kleinen Parteien.

Nach den bis gestern in Berlin vorliegenden amtlichen Meldungen hat die Reichstagswahl folgendes Ergebnis gehabt:

Verein	Stimmen	100 Mandate
Bund. Sozialdemokratie	5.973.770	65
Zentrum	3.899.022	44
Deutsche Volkspartei	2.642.843	28
Deutschnational	5.755.609	96
Demokratische Partei	1.657.451	18
Bayerische Volkspartei	941.982	10
Kommunistische Partei	3.712.001	40
Bayer. Bauernbund	683.093	7
N. Hannoveraner	318.451	3
USPD	249.172	3
Bund der Bauern	58.580	0
Christl. Soziale	124.800	1
N. Arbeitnehmerpartei	36.130	0
N. Sozial.	338.356	4
Freier Wirtschaftsbund	35.122	0
Händlerbund	23.538	0
Landliste	568.288	6
Rationale Freisheitspartei	59.788	0
Rationale Minderheitspartei	133.628	1
Partei der Mieter	46.975	0
Republikanische Partei	45.775	0
Sozialer Bund	25.607	0
N. völk. Freisheitspartei	1.917.578	21
Bayer. Mittelstandsbund	5.681	0
Völkischer Block	9.439	0
Parteilose Wirtschaftl.-Gr.	1.847	0

insgesamt gültige Stimmen 29.257.116 471 Mandate

Die Parteizersplitterung bei der Reichstagswahl war diesmal außerordentlich groß. Insgesamt hatten 26 Parteien Wahlvorschläge eingereicht. Mehrere in den letzten Monaten neugegründete Parteien, wie insbesondere die Republikanische Partei, waren mit großen Hoffnungen in den Wahlkampf gezogen. Aber in keinem Wahlkreis ist es der Republikanischen Partei, der Arbeitnehmerpartei, der USPD und dem Lebensbund gelungen, die für Erlangung eines Mandates notwendigen 60.000 Stimmen anzubringen, so daß auch keine Berechnung auf der Reichsliste erfolgen kann. Anzusehens vergebene Agitation und Zersplitterung, die nur der Rechten zugute kommt.

Der Zusammentritt des Reichstages.

Der neugewählte Reichstag wird voraussichtlich zum 22. Mai einberufen werden.

Deutschnationale Sehnsucht nach den Regierungssesseln.

Die Berliner Blätter melden, werden sich die Reichstagsabgeordneten der Landliste der Deutschnationalen Fraktion anschließen. Dadurch würden die Deutschnationalen zur stärksten Fraktion des Reichstages wer-

den. In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Volksanzeigers“ drückte der deutschnationale Führer Herget die Bereitwilligkeit seiner Partei aus, eine Rechtsregierung im Reiche zu bilden. Die Deutschnationale Partei würde als Regierungspartei eine Außenpolitik treiben, die den Lebensnotwendigkeiten und dem Lebenswillen des deutschen Volkes unbedingt Rechnung trägt, aber andererseits geeignet ist, eine befriedigende Lösung der deutschen Gesamtfrage auf dem Wege schleuniger Verständigung herbeizuführen. Dem Gutachten der Sachverständigen und der Aufforderung zu Verhandlungen sehe die deutschnationale Volkspartei nicht von vornherein ein entschiedenes Unannehmbar entgegen, wohl aber Vorbehalte, die nötig und unverzichtbar seien. Sie würde dem deutschen Volke die großen wirtschaftlichen Lasten niemals zumuten, bevor die häufig genannten Ehrenpunkte befriedigend gelöst worden seien.

Generalausperrung im Ruhrbergbau.

Aus Essen wird gemeldet:

Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands, der Gewerkschaften Christlicher Bergarbeiter Deutschlands, die polnische Berufsvereinigung und der Gewerkschaften Hirsch-Dunker (Bergarbeiter) haben beschlossen, die bisherige tarifliche Schicht von 7 Stunden unter Tage und 8 Stunden über Tage beizubehalten. In einem Aufruf der genannten vier Bergarbeiterverbände wird dieser Beschluß den Bergarbeitern mitgeteilt, aber gleichzeitig betont, daß ein Streik von den Verbänden ausdrücklich abgelehnt wird.

Dieser Beschluß war deshalb notwendig, weil die Grubenbesitzer die Verlängerung der Arbeitszeit um 1 Stunde diktiert haben. Nach dem nun die Bergarbeiterverbände sich für die Beibehaltung der alten Arbeitszeit erklärt haben, glauben die Bergwerkskapitalisten mit brutalen Nachmitteln die Bergarbeiter niederzwingen zu können. Dienstagabend haben sie die gesamten Belegschaften ausgesperrt. Seit dieser Zeit ruht die Arbeit auf den sämtlichen Zecken des rheinisch-westfälischen Industriegebietes.

Von der Aussperrung werden etwa 300.000 Bergarbeiter betroffen. Die Besatzungsbehörden haben erklärt, daß sie strikte Neutralität üben werden. Die Halbenstände für die kohlenerbrauchende Industrie sind gleich Null, infolgedessen muß man bei einer längeren Dauer des Kampfes mit der Stilllegung weiterer Betriebe, vor allem der Metallindustrie rechnen, wodurch weitere 150-200.000 Arbeiter brotlos werden würden. Nach Wittermeldungen aus Dresden ist gestern auch in allen Gruben des sächsischen Kohlenbergbaues die Aussperrung der Bergarbeiter erfolgt. Die Kohlenstandsarbeiten werden zunächst in der Hauptsache von Bergbeamten verrichtet.

Gegenüber dieser Regierungsehnsucht, die ein Aufgeben der bisherigen strikten Ablehnung jeder Erfüllungspolitik bedeutet, machen die radikalen Deutschnationalen Front. In der „Deutschen Zeitung“ rief Max Aurenbrecher einen Aufruf aus. Der Gedanke der Bürgerkoalition ist für ihn schon „Verwässerung der nationalen Opposition“.

„Die große Gefahr für die Deutschnationalen ist heute, daß sie sich dazu verführen lassen, nunmehr auch eine Mittelpartei zu werden. Die Sozialdemokraten in den Kommunisten, so haben die Deutschnationalen heute in den Deutschvölkischen eine Stützpartei, der es äußerst erwünscht kommen würde, wenn es ihr gelänge, die Mutterpartei nach der Mitte abzurängen.“

Die Deutschnationalen haben es heute in der Hand, entweder sich in die Mitte der großen Koalition abdrängen zu lassen oder die Führung der nationalen Freisheitsbewegung zu gewinnen. Von ihrer Entscheidung wird es abhängen, ob der große Aufschwung, den der nationale Gedanke bei diesen Wahlen nahm, zum endgültigen Siege führen wird oder nicht.“

Ob die Deutschnationalen sich für das eine oder für das andere, für die Fortführung der Demagogie oder für die Einnahme ihrer Machtgebiete entscheiden werden: die Zukunft und die Dauer des neuen Reichstages ist jedenfalls auf das höchste ungemiß. Sollen sie ihre Zustimmung zur Erfüllungspolitik erkaufen um den Preis von Ministerposten und eines reaktionären Kurzes in der inneren Politik, so wird die Sozialdemokratie mit ihrer ganzen Kraft sich diesem Rechtskurs entgegenwerfen. Sollen sie aber die Lösung der Reparationsfrage verhindern, so wird die Entscheidung über das Geschick des neuen Reichstages sehr bald fallen müssen.

Verblühende Heilerfolge bei Tuberkulose. Auf dem internationalen Tuberkulosekongress machte der holländische Tuberkuloseforscher über die Heilbarkeit der Reinfektionstherapie...
Die Heilwirkung dieses neuen Lichtes erprobt. In der Diskussion wird Professor Freund auf den Wert dieser Behandlungsweise für Lungen- und Hauttuberkulose hin.

Tageung der Arbeiter-Szenographen. Der Bundesrat des Arbeiter-Szenographenbundes, seitdem Arents, tagte vom 19. bis 21. April 1924 in Nürnberg. Der Bundesvorsitzende Richter teilte mit, daß sich die Mitglieberszahl seit dem letzten Bundeskongress in Leipzig 1921 mehr als verdoppelt und den Friedensmitgliedern weit überhöht hat.

Aus dem Osten. China. Die Stadtverordnetenwahlen haben folgendes Ergebnis gegeben: Chinesische 1585, Amerikaner 990, Sozialisten 498, Demokratische 278, Demokraten 129, Gemeindeführer 222. Es erhalten Mandate die Chinesische 2, die Amerikaner 2, die Sozialisten 6, die Demokratischen 2, die Demokraten 2, die Gemeindeführer 4.

Die Zwei und die Dame. Roman von Sven Hedin. „Was werden Sie mir erlauben?“ sagte er. „Das ich mich aus Ihrem Haus entferne, wo ich nicht mehr zu bleiben habe. Es ist kein Ihr Gemäch. Sie haben wohl nicht vergessen, daß es das eine Auto hemmt?“

gelehnt hatte und die Arbeitnehmer inzwischen einzelne Bauten stillgelegt hatten und Einzelverträge abzuschließen versucht, neigten die Arbeitgeber am 25. April beim Schlichter erneut den Antrag, den Schlichterspruch vom 24. März für allgemein verbindlich zu erklären.

Allenstein. Erschienen bei sich Freitagvormittag der Jäger Prill, während die Kompanie zu einer Übung ausgerückt war. Als Grund wird keine bevorstehende Entlassung angenommen.

Koblenz. Der Nachschub. Die gemeindet wird, hat der Nachschub für die Artillerie, die noch zufriedenstellende Ergebnisse erzielt. Von Koblenz Nachschubern sind in letzter Zeit einige Laster im Gewicht von mehr als 20 Pfund erbeutet worden.

Stralsund. Ein spätes Opfer des Krieges. In Stralsund hat sich hier die Kriegswitwe Hedwig Siebert infolge Schwerkum erhängt. Die junge Frau ist 32 Jahre alt, hat ein Kind im Alter von 10 Jahren und führt vor dem Kriege eine glückliche Ehe.

Carlsbad. Ein Verhängnis abgelegt haben die wegen des Raubmordes in Eifel festgenommenen drei Banditen. Der zuletzt festgenommene hat die heftigste Ermordung der vier Täter des Amiebers Lobber allein ausgeführt.

Berlin. Eine Spionagezentrale entdeckt. Eine bolschewistische Spionageorganisation, die in Lemberg, Krakau, Lódz und Warschau tätig war, ist aufgedeckt worden. Hunderte Personen wurden verhaftet, darunter drei Unteroffiziere.

Aus aller Welt

Gewitter mit Schnee. Ein Gewitter hat im Süden Niedersachsens große Verheerungen angerichtet. In der Gegend südlich Hildesheim fielen große Mengen Schnee.

Feuer im Straßenbahnhof. In Berlin geriet gestern ein Straßenbahnhof infolge Kurzschlusses in Brand. Unter den Zerstörten ergriff eine ungeheure Erregung. Sie zertrümmerten die Zerstörten und gelangten auf diese Weise ins Freie.

Drei Totes überfahren. In der Straßburger Straße in Berlin überfuhr ein Auto beim Überholen einer Dreiräder drei Frauen, die die Straße kreuzen wollten.

Die Schwarzpulverfabrik durch Erdbeben in schwerer Gefahr. Ein großes Erdbeben ereignete sich in der Schwarzpulverfabrik in Sibirien.

ganze kaukasische Ufer des Schwarzen Meeres der Gefahr großer Erdstöße und Küstenabschürfungen ausgesetzt. Die Erde einerseits durch die Gewalt des vorliegenden Meeres, andererseits durch das Vorhandensein unterirdischer wasserführender Schichten erklärt.

Sturz in den Fahrstuhl. In der Metzgerstraße in Frankfurt a. M. kürzten drei Monteur, die mit Reparaturarbeiten beschäftigt waren, in einen Aufzugstisch und waren auf der Stelle tot.

Die Ruhe einer lebendig Begrabenen. Belgrader Zeitungen berichten von folgendem seltsamen Vorfall aus dem Dorfe Krumbach in Bosnien: Wenige Stunden nach der Geburt eines Kindes starb die junge Mutter, eine Mohammedanerin, und sie wurde, wie es die mohammedanischen Bestattungsgebräuche fordern, schon zwei Stunden nach ihrem Tode beigesetzt.

Die neuesten Tänze: Jimboka und Samba. Ein 500 Tanzlehrer hatten sich in Kasel zu dem Kongress der deutschen Tanzlehrer eingefunden. Stundenlang wurden die neuesten Tänze debattiert. Tagelang wurden die neuesten Tänze eintüftelt, die in diesem Jahre den „Clou der Saison“ darstellen.

Versammlungs-Anzeiger. Angelegen für den Versammlungskalender werden nur bis 9 Uhr morgens in der Geschäftsstelle, Am Spandauer 6, gegen Vergütung entgegen genommen.

- Arbeiter-Jugend Langfuhr. Heute Gesangsabend. (4)
- D. M. B. Branche der Metallarbeiter. Mittwoch, den 7. Mai 1924, nachmittags 4 Uhr, findet im Kleinhammerpark eine Versammlung statt. (12896)
- Sattler, Tapezierer-Verband. Mittwoch, den 7. Mai 1924, abends 6 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung im „Blanken Lammchen“. Um vollständiges Erscheinen wird gebeten. (12889)
- D. M. B. Klempner und Installateure. Mittwoch, den 7. Mai, abends 6 Uhr, Fischergasse 49: Branchenversammlung. (12890)
- D. M. B. Former und Blechschmiedearbeiter. Donnerstag, den 8. Mai, abends 6 Uhr, Fischergasse 49: Branchenversammlung. (12891)
- Arbeitsgemeinschaft der Liga für Menschenrechte. Sonnabend, den 10. Mai, abends 7.30 Uhr, im Saal der Naturforschenden Gesellschaft, Frauengasse 26, große Versammlung. Themen: 1. Arbeitsbericht, 2. Wilson, Erscheinen aller Gefinnungsreunde unbedingt erforderlich.

BORG für QUALITÄT RAUCHER. Ein Bild einer Person, die einen Zigarren raucht, mit dem Text BORG für QUALITÄT RAUCHER und der Nummer 12535.

Eine Fünfzigjährige.

Das Jubiläum der Ansichtspostkarte. Vor fünfzig Jahren wurde sie geboren. In einer kleinen Residenz des Nordens. Schulze hieß ihr Vater, und eine Mutter — hatte sie nicht. Aber Schwestern bald eine angenehme Zahl! Und eine Nachkommenchaft, wie sie zahlreicher kaum gebaut werden kann.

„Was werden Sie mir erlauben?“ sagte er. „Das ich mich aus Ihrem Haus entferne, wo ich nicht mehr zu bleiben habe. Es ist kein Ihr Gemäch. Sie haben wohl nicht vergessen, daß es das eine Auto hemmt?“

Danzigs Wachstum.

Am Anfang der Monats November 1923 hatte die Stadt Danzig 201 752 Einwohner; Anfang April war die Zahl bereits auf 205 087 gestiegen.

Auch Zoppot weist eine steigende Bevölkerungszahl auf, obwohl hier das Verhältnis zwischen Geburten und Todesfällen ungünstiger ist wie in Danzig.

Die Aenderung des Zolltarifs.

Teilweise Verschärfung der Schutzzölle.

Wie mitgeteilt wird, sind die Beratungen der sachlichen Unterkommissionen über die Reform des politischen Zolltarifs nunmehr abgeschlossen.

Kast an sämtlichen Beratungen der sachlichen Unterkommissionen ist Danzig durch 1 bis 2 Vertreter der Handelskammer vertreten gewesen.

Der neue politische Zolltarif bringt 1. teilweise wesentliche Spezialänderungen der Unterpositionen.

Ueber die Zeit des Inkrafttretens des neuen Zolltarifs haben Beschlüsse nicht stattgefunden.

Was ist Gegenstand des täglichen Bedarfs? Die Preistreiberverordnung findet bekanntlich nur Anwendung auf Gegenstände des täglichen Bedarfs.

Fortgesetzte Diebstähle auf dem Lande. Wegen mehrfacher Diebstähle an Vieh und Getreide hatten sich vor dem gemeinsamen Schöffengericht der Schlichter Gottfried Strauß, der Arbeiter Artur Strauß, der Fleischergehilfe Paul Zandowski, der Kleidergehilfe Georg Bilecki und der Oberwäcker Hermann Schulz, aus Niebur im Großen Werder zu verantworten.

Strauß rüde vor seiner Verhaftung aus, wurde aber wieder ergriffen. Das Gericht kam durch die umfangreiche Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung, daß die Angeklagten die Diebe gewesen sind.

Der Rektor auf dem Kriegspfade.

Die unbequeme „Arbeiter-Jugend“. - Mißbrauch der Amtstellung.

Auf welche vorkriegszeitliche Art auch heute noch von amtlichen Stellen versucht wird, gegen die freie Jugendbewegung vorzugehen, zeigt folgende Schilderung:

Vor kurzer Zeit wurde in Bürgerwiesen eine Gruppe der Arbeiter-Jugend ins Leben gerufen. Da die Arbeiter-Jugend ihre Zusammenkünfte nicht in einem Gasthause oder Tanzlokal abhalten will, wurde bei der Gemeindevertretung ein Antrag auf Verleihung eines Schulzimmers für diese Zwecke gestellt.

Mit all diesen schönen Versprechungen konnte der alte Herr bei den jungen Genossen jedoch keinen Erfolg erzielen. Er fing nun die Sache am anderen Ende an.

Wegen des Verhalten dieses Herrn sind die notwendigen Schritte einzuleiten und wird abzuwarten sein, ob die verantwortlichen Stellen diesen parteipolitischen Mißbrauch einer Schulleitertelle billigen.

Die Renten der Kriegssopfer.

Das Kartell der Organisationen der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen hat sich mit dem Beschlusse des Volkstages auf Gewährung einer einmaligen Beihilfe für einen geringen Teil der Kriegssopfer nicht zufrieden gegeben.

Der Reichsbund der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen, Ortsgruppe Neuteich, hatte die Kriegssopfer von Neuteich und Umgebung zu einer Versammlung am vergangenen Sonntag einberufen, in welcher Volkstagsabgeordneter Gebauer über die Forderungen der Kriegssopfer sprach.

Die Preise für Schlachtvieh wurden auf dem gedrigen Viehmarkt wie folgt notiert: Preise für 50 Kilogramm Lebendgewicht in Danziger Gulden.

Bild: Rinder langsam, Käber geräumt, Schafe ruhig, Schweine langsam.

Der Uhrdiebstahl auf dem Kriegerverein. Ein Besucher in Ladekapp machte ein Kriegerverein mit. Als er nachts heimkehrte, entdeckte er, daß er zwar noch seine Uhrfeste besaß, aber die Uhr fehlte.

Eigennützige Vororglichkeit. Der Telegraphenarbeiter Paul Pollex in Danzig sah nachts einen Bauunternehmer angetrunken vor seinem Hause schlafen.

Auf welche Entfernung kann ein Auto halten? Zur Beurteilung von Automobilunfällen ist die Möglichkeit des Anhaltens des Wagens von großer Wichtigkeit.

Bärwalde (Gr Werder). Ein großer Schadenfeuer wütete hier. Das Wohnhaus des Besitzers Friedrich Langrau war in Brand geraten.

Beranstaltungen der „Arbeiter-Jugend“.

Ortsgruppe Langfuhr. Heim Schule Neujohannisland. Mittwoch, den 7. Gesangsabend. Freitag, den 9. Neigenabend. Sonntag, den 11. Fahrt nach Baunau.

Ortsgruppe Bürgerwiesen. Donnerstag, den 8. Winterabend. Sonntag, den 11. Reitationabend. Donnerstag, den 15. Liederabend. Sonntag, den 18. Fahrt nach Dittmin.

Ortsgruppe Seubude. Heim Schönwiese. Freitag, den 9. Mai, Vortragabend. Sonntag, den 11. Mai, Teilnahme an der Jugendwerbespiele in Danzig.

Advertisement for Artus Pils beer, featuring a logo with a crown and the text 'ARTUS PILS'. Below the logo, it says 'Wo Artuspils im Glase schäumt, Die Konkurrenz den Freistaat räumt.'

Amtliche Börsennotierungen.

Danzig, 6. 5. 24. 1 Dollar: 5,68 Danziger Gulden. 1 Zloty, 1,11 Danziger Gulden. 1 Rentenmark, 1,36 Gulden.

